



Service public

## Der Service public gehört allen

Die Bedeutung des Service public ist historisch gewachsen. Mit dem entsprechenden Konzept sind bedeutende gesellschaftliche Werte und Ziele verknüpft, für die sich die Gewerkschaften seit ihrem Bestehen eingesetzt haben: Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Solidarität. Die öffentlichen Infrastrukturbetriebe und Dienste stellen die flächendeckende Versorgung in den Vordergrund, sichern die Rechte der Arbeitnehmenden, schaffen Arbeitsbedingungen mit Vorbildfunktion für andere Branchen, ermöglichen den gesellschaftlichen Wohlstand, dienen dem Wirtschaftsstandort und fördern die Demokratie. Mit dem Service-public-Konzept können die Gewerkschaften aufzeigen, dass demokratische Instrumente zu Verfügung stehen, um neoliberale Politikkonzepte zu stoppen. Der rechtsbürgerlich dominierte Bundesrat versucht seit seiner Amtseinsetzung im Dezember 2003, ein radikales Staats- und Sozialabbauprogramm durchzupeitschen. Für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter heisst das: Wir müssen mächtiger werden. Das können wir erreichen, indem wir ein Service-public-Konzept für einen starken sozialen Staat mit solidarischen Bürgerinnen und Bürgern vertreten.

### Ein Service public für die gesamte Bevölkerung

Gut funktionierende, qualitativ hoch stehende und demokratisch kontrollierte öffentliche Dienste sind die Voraussetzung für motivierte und selbstbewusste Arbeitnehmende im Service public, für einen optimalen Wirtschaftsstandort und eine soziale Gesellschaft mit selbstbestimmten Bürgerinnen und Bürgern. Diese Bedingungen sind in der Schweiz immer noch weitgehend gegeben, was hauptsächlich das Verdienst der Gewerkschaften ist. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter werden zwar als ›rückwärtsgewandt‹ und ›Besitzstand wahrend‹ beschimpft, doch gerade sie haben bisher dafür gesorgt, dass öffentliche Infrastrukturen und Dienste mit flächendeckender Grundversorgung und Versorgungsgarantie nicht zerschlagen wurden und für die gesamte Bevölkerung erschwinglich sind. Nach wie vor garantiert ist ausserdem, eine wesentliche soziale Errungenschaft, die demokratische Mitsprache.

---

#### Christine Goll

1956, ist Präsidentin der Gewerkschaft des Personals öffentlicher Dienste (vpod) und Zürcher SP-Nationalrätin.



Service public

Die bisherigen Liberalisierungsschritte bei Bahn, Post und Telekommunikation haben die Führungsrolle des Staates und der Politik nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Der Bund ist beispielsweise nach wie vor Eigner der Grossbetriebe von SBB, Post und Swisscom. In den Bereichen Stromversorgung, öffentlicher Verkehr und Post hat die Schweiz trotz enormen Drucks von Seiten der Wirtschaftslobby entschieden weniger liberalisiert als andere Länder vor allem innerhalb der EU. Wenn die Liberalisierungswut auszuarten droht, stehen die Schweizer Bürgerinnen und Bürger auf die Bremse. Die Gewerkschaften und die Linke haben in jüngster Vergangenheit bewiesen, dass sie hier die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben. Weitere Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen stossen auf breiten Widerstand. Denn realisierte Beispiele – sei es das kalifornische Strom-Blackout, der Bankrott der britischen Bahnen oder die Pleiten in der Luftfahrt bis zum Grounding der Swissair – haben eindrücklich gezeigt, wie destruktiv die marktgläubige Profitmaximierung wirkt. Sie zerstört historisch gewachsene Strukturen, verhindert die demokratische Einflussnahme und enteignet die Bürgerinnen und Bürger.

Ein wichtiger Gradmesser auf nationaler Ebene war die Volksabstimmung über das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) im September 2002. Tatsächlich hätte die Strommarktöffnung, die die bürgerliche Mehrheit im eidgenössischen Parlament beschlossen hatte, weder die Versorgungssicherheit noch Preiskontrollen garantiert. Denn entgegen den Behauptungen der Bürgerlichen führt die Liberalisierung nicht zwangsläufig zu tieferen Preisen. Mit diesem Argument hatte der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse in der Abstimmungskampagne versucht, die Stimmberechtigten zu ködern. Doch die Ende der 1990er-Jahre in Deutschland eingeführte Strommarktöffnung hatte gezeigt, dass das Gegenteil der Fall ist. Sicher war das mit ein Grund, dass sie in der Schweiz an der Urne abgelehnt wurde.

Gegen das EMG hatten die Gewerkschaften und die Linke erfolgreich das Referendum ergriffen und damit erstmals eine Willensäusserung der Bevölkerung auf gesamtschweizerischer Ebene ermöglicht. Doch auch Ausgliederungsprojekte auf kantonaler und kommunaler Ebene, beispielsweise für Strom-, Gas- und Wasserwerke oder Spitäler, stossen immer wieder auf Opposition und werden bei Urnengängen abgelehnt. Der Versuch, bei der Swisscom einen weiteren Privatisierungsschritt zu machen, scheiterte bereits im eidgenössischen Parlament. Dass die Gewerkschaften den Service public und die soziale Sicherheit verteidigen, hat massgeblich dazu beigetragen, dass sie heute zu den glaubwürdigsten Organisationen in diesem Land zählen. Der Service public, sein



Service public

Ausbau in den letzten Jahrzehnten, seine bislang meist vorbildlichen Arbeitsbedingungen, seine Dienstleistungen und seine hohe Qualität prägen die wirtschaftliche Entwicklung, den gesellschaftlichen Fortschritt und den Zustand des Gemeinwohls. Der Service public betrifft also alle und dient allen. Er ist von zentraler Bedeutung für alle Bürgerinnen und Bürger.

### Ein Service public unter Spardruck

Der Service public hat Arbeitsplätze im ganzen Land geschaffen und gerade mit der regionalen Verankerung und der Ausgleichswirkung zwischen Stadt und Land zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beigetragen. Liberalisierungen führen demgegenüber zu Wettbewerb, Kostendruck, Arbeitsplatzverlusten, Qualitätseinbussen und Dienstleistungsabbau. Das wird uns in der Privatwirtschaft derzeit drastisch vor Augen geführt: Während die Arbeitsverhältnisse entsichert werden, werden auf Managerebene Schwindel erregende Summen abkassiert. Im öffentlichen Dienst warnen Bundesrat und die Denkfabrik der Wirtschaft, ›Avenir Suisse‹, vor dem finanziellen Abgrund. Der Finanzminister, Bundesrat Merz, will sogar mutig »das Udenkbare denken« und fantasiert medial von einem drastischen Abbau der Bundesausgaben um bis zu 40 Prozent. Gegen das Schreckgespenst ›Schulden‹ gäbe es nur ein Rezept: Sparen. Die ausgewiesene Verschuldung der öffentlichen Haushalte ist seit den 90er Jahren tatsächlich beträchtlich gestiegen. Dass die angewachsenen Schulden des Bundes das Ergebnis von immer neuen Aufgaben und Begehrlichkeiten, also einem Ausgabenüberschuss, seien, ist jedoch nachgewiesenermassen falsch. Die von den wirtschaftshörigen Kreisen im Parlament erzwungene Liberalisierung der Bundesbetriebe, wie SBB, PTT und Ruag, sowie die damit verbundene Verselbständigung der Pensionskassen führte zu Sanierungsfällen und stellte sich im Nachhinein als teure Übungsanlage heraus.

Nichtsdestotrotz dominiert in Bundesbern, aber auch in zahlreichen Kantonen, das Wort ›Sparen‹ die Politik. Kann, was als eine Schweizer Tugend gepriesen wird, so falsch sein? Ja, weil die damit verbundenen ›Sparprogramme‹ bei den öffentlichen Finanzen verschleiern, dass es um Abbaumassnahmen geht, die in erster Linie den Service public treffen und damit sowohl das Personal im öffentlichen Dienst, als auch die gesamte Bevölkerung, die auf einen gut funktionierenden öffentlichen Dienst angewiesen ist. Neoliberale Finanzpolitiker verfolgen die ›Politik der leeren Kassen‹ mit System und nach einem simplen Strickmuster: Sie reden zuerst den Sozialstaat tot und versuchen mit einer unerträglichen Missbrauchspolemik die sozialen Errungenschaften zu demontie-



Service public

ren. Das ist ihnen bei der 11. AHV-Revision misslungen. Ob es ihnen bei der Schwester der AHV, der Invalidenversicherung, gelingt, ist noch nicht entschieden. Dann behaupten sie »weniger Steuern« sei sozial, kurbeln damit aber nur den Steuersenkungswettbewerb im bürgerlichen Lager an. Das Steuerpaket 2004 erlitt zwar an der Urne Schiffbruch. Aber in vielen Kantonen wurden dennoch Steuergeschenke an eine kleine, reiche Elite gemacht und die Elemente des gescheiterten Steuerpakets 2004 werden vom Bundesrat häppchenweise wieder auf den Tisch des Hauses gelegt. Steuerausfälle werden anschliessend kompensiert: Das nennt sich dann »Sparen«. Auf Bundesebene werden »Entlastungsprogramme«, eine »Aufgabenverzichtplanung« oder eine »Verwaltungsreform« durchgeboxt. Das tönt zwar harmlos, hat aber trotzdem bedeutende Auswirkungen. So werden mit den bisher beschlossenen Massnahmen rund 5000 Stellen abgebaut, das Bundespersonal muss mit immer weniger Leuten immer mehr Arbeit erledigen und erntet dafür in den Medien auch noch Hohn und Spott aus dem Munde des eigenen Arbeitgebers, also des Bundesrates, der ihren Arbeitsort als »geschützte Werkstatt« bezeichnet. Kein Wunder dominieren bei den Arbeitnehmenden des Bundes Demotivation, Frustration und eine in den letzten Jahren in Personalumfragen ermittelte, drastisch gewachsene Arbeitsunzufriedenheit. So hat jede dritte angestellte Person innerlich bereits gekündigt. Damit kann auch keine bürgerInnennahe Verwaltung mehr bestehen.

Ein gut funktionierender Service public ist nicht gratis zu haben. Werden die notwendigen finanziellen Mittel gekappt, resultiert daraus auch eine gigantische Umverteilungsübung. Öffentliche Güter und der Grossteil der Bevölkerung werden enteignet, damit einige Wenige mit gewinnträchtigen Auslagerungen – oft nur vorübergehend – das grosse Geld machen können.

### Ein Service public für selbstbewusste Arbeitnehmende

Zum Service public gehört auch die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Das Gesundheitswesen ist ein äusserst dynamischer Sektor, in dem heute fast 12 Prozent aller Erwerbstätigen der Schweiz arbeiten. Zwischen 1995 und 2001 nahm die Beschäftigung in diesem Sektor um 18,3 Prozent zu – eine rasante Entwicklung –, während die gesamte Wirtschaft nur um 3,4 Prozent zulegte. Sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich sind drei von vier Arbeitsplätzen von Frauen besetzt.

Diese Arbeit hat ihren Wert. Und die Wertschätzung manifestiert sich in gerechten Arbeitsbedingungen und fairen Löhnen. Wer auf geregelte



Service public

Arbeits- und Erholungszeiten, auf soziale Absicherung über die Erwerbsarbeit, auf einen sicheren Arbeitsplatz, auf Weiterbildungsmöglichkeiten und einen guten Lohn bauen kann, arbeitet gerne und weiss, dass seine/ihre Arbeit geschätzt wird. Arbeitnehmende, die geschätzt werden, sind selbstbewusst. Die Qualität ihrer Arbeit ist ihnen wichtig. Deshalb hat die Erwerbsarbeit einen wichtigen Stellenwert im Leben der Arbeitnehmenden und trägt zu einem gesunden Selbstwertgefühl bei.

Das Gesundheitswesen steht vor wichtigen politischen Weichenstellungen. Man denke etwa nur an die zukünftige Finanzierung der Pflege. Die Arbeitnehmenden in den Gesundheitsberufen wissen aus Erfahrung, dass die Pflege den Erfolg medizinischer Interventionen sichert. Das Gesundheitswesen gehört zum Service public und sollte eine qualitativ hoch stehende medizinische und pflegerische Versorgung garantieren, inklusive den Zugang der gesamten Wohnbevölkerung in der Schweiz zu diesen Leistungen. Ein Abbau bei den Pflegeleistungen schafft nicht nur unwürdige Arbeitsbedingungen für das Personal, sondern stellt auch die Qualität der Pflege in Frage. Pflegebedürftig kann Jede und Jeder von uns werden. Die Arbeitnehmenden im Gesundheitsbereich brauchen Zivilcourage, Mut und Kraft, um sich in der Praxis für ein soziales, solidarisches und gerechtes Gesundheitssystem einzusetzen. Sie brauchen aber auch die Gewissheit, dass die Bevölkerung hinter ihnen steht, wenn ihre Rechte angegriffen werden.

Im Service public braucht es deshalb weiterhin transparente und gerechte Arbeits- und Lohnbedingungen. Gerade im öffentlichen Dienst wurde erreicht, dass die Lohnunterschiede zwischen den untersten und obersten Lohnklassen weitaus kleiner sind als in der Privatwirtschaft. In diesem Sinne kann und muss der Service public eine Vorbildfunktion für andere Branchen haben. Ausserdem braucht es im Gesundheitswesen mehr staatliche Planung und Steuerung. Der Ruf nach mehr Markt und Wettbewerb, wie er von rechter Seite immer wieder ertönt, würde unweigerlich zu einer Amerikanisierung des Gesundheitswesens und damit zu einer Zweiklassenmedizin führen.

### **Die Staatsverschuldung als Wink mit dem Zaunpfahl**

Die Schweiz hat, ausser im Service public, wenig Staatsanteile an der Wirtschaft. Die immer wieder beklagte Bruttoverschuldung der Staatshaushalte ist keineswegs beunruhigend. Der bürgerliche Verschuldungsdiskurs ist polemisch. Der Staat lässt sich nicht mit einem Privathaushalt vergleichen, sondern eher mit einem Unternehmen. Es wäre



Service public

völlig falsch, wenn er keine Kredite mehr aufnehmen würde. Andres Frick, Ökonom und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich, kommt zu folgender Beurteilung (Frick, 2005): »Für die Behauptung, die Staatsschulden seien in der Schweiz zu hoch, gibt es keine Anzeichen. Im Gegenteil: Angesichts des Sparüberschusses des privaten Sektors scheint eher eine stärkere staatliche Neuverschuldung angezeigt.«

Mit einer Staatsverschuldung hinterlässt die Schweiz den nachfolgenden Generationen also keine Hypothek. Mit Abbaumassnahmen im Service public, in den Bereichen Bildung, Soziales und Gesundheit hingegen würden wir der nächsten Generation ernsthafte Probleme bereiten. In seinem jüngsten Bericht zur Schuldenentwicklung der öffentlichen Haushalte gibt der Bundesrat zwar zu, dass die Schweiz im internationalen Vergleich gut da stehe und eine »Beruhigung an der Schuldenfront« zu verzeichnen sei. Im gleichen Atemzug warnt er aber vor einem weiteren Anstieg des Schuldenbergs und erachtet Reformen insbesondere bei den Sozialversicherungen als »unabdingbar«. Am Beispiel der bereits aufgegleisten Gesetzesänderungen bei AHV, Invaliden-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung lässt sich unschwer ausmachen, wohin die Reise dabei gehen soll: Längere Arbeitszeiten, weniger soziale Absicherung, mehr Zweiklassenmedizin und Sozialhilfe statt Sozialversicherungen.

Zusätzlich sollen Steuerreformen helfen, den Bundeshaushalt zu stabilisieren. Die hier vorgesehenen Massnahmen wie etwa die Unternehmenssteuerreform oder die Ehe- und Familienbesteuerung schenken bei den Reichen ein und haben für die Klein- und Normalverdienenden keinerlei entlastende Wirkung. Alleine mit der Neuauflage der Unternehmensbesteuerung würden der AHV-Kasse rund 500 Millionen Franken entzogen. Mit dem Staatsverschuldungsdiskurs wird heute eine gigantische Umverteilungsübung zugunsten der Wohlhabenden legitimiert. Das Nachsehen hat die grosse Mehrheit der Bevölkerung, indem Kosten, die heute solidarisch getragen werden, privatisiert werden. Dies gilt für den Lebensrucksack Bildung, für die Gesundheitsversorgung und für das Altwerden in Würde und finanzieller Sicherheit. Wir brauchen keine Steuersenkungen – wir brauchen mehr Steuergerechtigkeit.

### **Bildung für alle – eine zukunftsweisende Kampagne**

Die Gewerkschaften sind heute gezwungen, eine ganze Reihe von Abwehrkämpfen zu führen: Gegen die Abbaumassnahmen im Bildungswesen und in anderen Service-public-Bereichen durch nationale und



Service public

kantonale ›Sparpakete‹, gegen den Verlust von Arbeitsplätzen und von Arbeitsqualität, gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lohnbedingungen. Doch es gibt auch Möglichkeiten für offensive gewerkschaftliche Kampagnen, gerade im Bildungsbereich: Das Recht auf Bildung für alle muss endlich verwirklicht werden. Die Schweizer Verfassung kennt heute kein Grundrecht auf Bildung. Ein solches Recht würde der Chancengleichheit in der Volksschule zum Durchbruch verhelfen, also dort, wo die Weichen für das spätere Ausbildungs- und Erwerbsleben gestellt werden. Es würde auch bedeuten, dass es genügend Angebote der beruflichen Grundausbildung und genügend qualifizierte Arbeitsangebote für junge ausgebildete Berufsleute gäbe, womit Jugendliche eine Perspektive bekämen. Ein Grundrecht auf Bildung würde das ›lebensbegleitende Lernen‹ fördern, damit Weiterbildungsangebote nicht nur einer kleinen, bereits gut qualifizierten Minderheit vorbehalten bleiben. Damit alle Bürgerinnen und Bürger dieses Grundrecht wahrnehmen können, muss auch die Bildungsfinanzierung solidarisch getragen werden. Die Durchsetzung des Rechts auf Bildung für alle umfasst den gesamten Lebensbogen der Menschen. Das Einstehen für dieses Grundrecht ist eine geeignete Gegenstrategie zu allen derzeit laufenden Bestrebungen, die Bildung zu privatisieren.

### Der Service public sichert die Demokratie

Der Staat hat die Aufgabe, im Interesse seiner Bürgerinnen und Bürger zu handeln. Er tut dies aufgrund ihrer Bedürfnisse und in ihrem Auftrag. Die öffentlichen Dienste funktionieren im kollektiven Interesse, gehören also auch allen. Der Service public ist deshalb auch identitätsstiftend und fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Hinzu kommt, dass der Strukturwandel im Zuge der Globalisierung nur mit einem starken Staat zu bewältigen sind. Staatliche Leistungen werden effizient und kostengünstig erbracht. Deshalb sind der Staat und der Service public ein Standortvorteil für die Wirtschaft. Es braucht jedoch mehr sozialen Ausgleich und mehr Steuergerechtigkeit.

Von zentraler Bedeutung ist die demokratische Kontrolle. Die Ausschaltung der Demokratie ist das wichtigste Leitmotiv des Neoliberalismus. Auch der rechtsbürgerlich dominierte Bundesrat verfolgt mit seinem rigorosen Staats- und Sozialabbauprogramm dieses Ziel. Jede Privatisierung bedeutet in erster Linie, dass den Bürgerinnen und Bürgern die Verfügungsgewalt entzogen wird. Wer nicht mehr demokratisch mitentscheiden kann, wird verunsichert und entrechtet. Die Bedeutung des Service public für die Demokratie darf deshalb nicht unterschätzt



Service public

werden. Liberalisierungen und Privatisierungen gehen zudem Hand in Hand mit einer Entsicherung der Arbeitsverhältnisse und bedeuten immer auch einen Demokratieverlust. Die sozialpartnerschaftlich ausgehandelten, guten öffentlich-rechtlichen Arbeitsbedingungen, Gesamtarbeitsverträge und Sozialleistungen werden heute von politischen EntscheidungsträgerInnen bürgerlicher Parteien fahrlässig in Frage gestellt. Arbeitsplatzunsicherheit und Sozialabbau schüren Existenzängste und vermindern die persönliche Einsatzbereitschaft. Damit wird auch die wirtschaftliche Entwicklung negativ beeinflusst und der demokratische Zusammenhalt des Gemeinwesens geschwächt. Ein starker Service public, dem die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung stehen, um seine Aufgaben im Dienste der gesamten Bevölkerung zuverlässig und gut erbringen zu können, stärkt immer auch die Demokratie.

Drei Zielsetzungen müssen für die künftige Gewerkschaftspolitik im Vordergrund stehen:

1. Wenn sich die Gewerkschaften für qualitativ hochwertige und demokratisch kontrollierte öffentliche Dienste einsetzen, haben sie – ausgehend von ihrem Kerngeschäft – die Arbeits-, Lohn- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmenden im Blickwinkel. Diese Politik dient aber nicht nur den Arbeitnehmenden im Service public, sondern allen Bürgerinnen und Bürgern. Die Gewerkschaften des Personals in den öffentlichen Diensten müssen deshalb ihre Aktivitäten nicht nur auf die eigene Mitgliedschaft, sondern auf die gesamte Bevölkerung ausrichten, und damit auf einen potenziellen Mitgliederkreis.
2. Mit der Verteidigung und Stärkung des Service public lässt sich eine Politik gegen die Ohnmacht und Resignation gestalten. Der gewerkschaftliche Einsatz gegen den Abbau im Service public ist immer auch eine bewusste Politik der Einmischung. Im Vordergrund stehen demokratisch kontrollierte statt privatisierte öffentliche Dienste. Wer den Service public verteidigt und stärkt, will immer auch die Demokratie verteidigen und stärken. Die Gewerkschaften garantieren, dass der Service public allen gehört. Sie sind damit auch Garantinnen demokratischer Entscheidungsprozesse.
3. So vielschichtig der Service public ist, so zahlreich sind die unterschiedlichen Gewerkschaften, Personal- und Berufsverbände. Vielfalt kann bereichernd sein, doch der Zusammenschluss zur Aktionsgemeinschaft für den Service public hat gezeigt, dass eine Bündelung der Kräfte heute notwendig und sinnvoll ist. Ob eine Zusammenarbeit auf der





Service public

Aktionsebene ausreicht, um den Service public auch in Zukunft erfolgreich verteidigen und stärken zu können, ist fraglich. Ganz im Sinne des Service-public-Zieles, Mittel und Ressourcen optimal einzusetzen, müssen auch die Organisationen der Arbeitnehmenden im Service public die Frage eines weiter gehenden Zusammenschlusses ernsthaft prüfen.

### Literatur

Frick, Andres: Zur Diskussion der Staatsverschuldung. In: Denknnetz-Jahrbuch 2005. Zürich.